



TOP 04

Personalstrukturplanung für den Pfarrdienst

Bericht des Finanzausschusses

in der Sitzung der 16. Landessynode am 26. November 2020

Frau Präsidentin, hohe Synode,

dem Finanzausschuss wurde in der Sitzung am 27. Juli 2020 die PSP Pfarrdienst zur Kenntnisnahme vorgelegt. Wir danken dem Team von Frau Oberkirchenrätin Nothacker für alle Erläuterungen.

Wie wir bereits gehört haben, befassen wir uns mit dem Zahlen von 2019 d. h. es liegen seit der letzten Beschlussfassung in der 15. Landessynode keine neuen Berechnungen vor. Aber für uns alle und vor allem für die über 50 neu gewählten Synodalen ist es wichtig, in die PSP Pfarrdienst eingeführt zu werden. Der Pfarrdienst ist einer der Schlüsselberufe in unserer Landeskirche; wenn wir der Bochumer Professorin Isolde Karle folgen, müssen wir sogar sagen: Der Pfarrdienst ist der Schlüsselberuf der Volkskirche. Die 5. EKD-Erhebung zur Kirchenmitgliedschaft, die auf Umfragen aus dem Jahr 2012 zurückgeht, hat diese Aussage empirisch bestätigt. Als Landessynode können wir es nur begrüßen, dass wir mit der Personalstrukturplanung ein Instrument haben, um zukünftige Entwicklungen in diesem Schlüsselberuf seriös in den Blick zu nehmen.

Ich möchte Sie auf ein Element hinweisen, dass 2018 neu in die Darstellung der PSP aufgenommen wurde, nämlich die Ampel. Sie finden die Farbsymbole in der Anlage 3 in der letzten Tabellenspalte. Die Ampel bildet ab, welcher Prozentsatz des landeskirchlichen Anteils an den jährlichen Kirchensteuereinnahmen aufgebracht werden muss, um die Kosten für den Pfarrdienst zu decken. Ich nehme als Beispiel das Haushaltjahr 2021, das ja im Fokus unserer Herbsttagung steht: Hier lesen wir die Zahl 42,76 % d. h. wir geben von 1 € Kirchensteuer im landeskirchlichen Haushalt 43 Cent für den aktiven Pfarrdienst aus. Hinzu kommen zusätzliche 21 Mio. Aufwendungen für die Versorgungsempfänger, das sind die Ruhestandskolleginnen und -kollegen, das entspricht weiteren 7 Cent von jedem Euro Kirchensteuer. $43 + 7 = 50$. Wir investieren also für den aktiven und passiven Pfarrdienst heute schon die Hälfte der Kirchensteuer, die uns im landeskirchlichen Haushalt zur Verfügung steht. Ich wiederhole an dieser Stelle eine Bitte, die der frühere Vorsitzende des Finanzausschusses Michael Fritz mehrfach geäußert hat, nämlich die Kosten für die Versorgung des Pfarrdienstes im Zusammenhang der PSP nicht auszublenden.

Der Blick auf die Ampel zeigt uns bis 2030 einen Rückgang beim aufzuwendenden Kirchensteueranteil. Dieser Rückgang kommt zustande durch die Pensionierung der geburtenstarken Jahrgänge im Pfarrdienst und den damit verbundenen Stellenreduzierungen im PfarrPlan. In den folgenden Jahren kehrt sich dieser Trend allerdings um, bis die Ampel dann 2042 auf Gelb und ab 2045 auf Rot

wechselt. 2058 – dann feiert unser jüngster Synodaler Michael Klein seinen 60. Geburtstag – muss dann laut Vorausberechnung fast die gesamte Finanzkraft der Landeskirche für den Pfarrdienst aufgewendet werden.

Keine Planung kann künftige Entwicklungen exakt vorhersagen. Trotzdem lässt sich festhalten: Wenn unsere Mitgliederzahl zurückgeht und entsprechend die Kirchensteuereinnahmen sinken oder stagnieren, wird uns der Pfarrdienst verhältnismäßig mehr kosten. Wir sollten in den Fachausschüssen beraten, wie wir auf diese Herausforderung reagieren und welche Weichen wir stellen können. Weiter möchte ich alle Synodalen bitten, die in der PSP beschriebene Entwicklung zur Kenntnis zu nehmen und die damit verbundene Aufgabenstellung bei anstehenden Entscheidungen mitzubedenken. Und wir müssen uns der Tatsache stellen, dass wir hohe haushaltsrelevante Verpflichtungen im Bereich der Pfarrerversorgung haben, die unsere finanziellen Spielräume in der Zukunft einschränken.

Am Ende seiner Beratungen hat der Finanzausschuss folgenden Beschluss gefasst:

„Der Finanzausschuss spricht sich für die jährliche Fortführung und Aktualisierung der PSP Pfarrdienst aus, die jährliche Beratung in den synodalen Fachausschüssen und die zweijährige Beratung im Plenum der Landessynode.“

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzender des Finanzausschusses, Tobias Geiger